Die Stellung der CDU im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland.

Einzige Volkspartei oder „Scheinriese“?

Bachelorarbeit

im Fach Politikwissenschaft

mit dem Abschlussziel Bachelor of Arts

der Philosophischen Fakultät

der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

vorgelegt von Malte Sicker

Matrikelnummer 1111498

Erstgutachter: Prof. Dr. Wilhelm Knelangen

Zweitgutachterin: Dr. Sandra Brunsbach

Kiel, den 09.03.21

Inhaltsverzeichnis

[Abbildungsverzeichnis 3](#_Toc66148955)

[1. Einleitung 4](#_Toc66148956)

[2. Theoretische Grundlagen: Konfliktlinien im deutschen Parteiensystem 6](#_Toc66148957)

[3. Definition Volkspartei 8](#_Toc66148958)

[3.1. Die Geschichte der CDU im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland 10](#_Toc66148959)

[3.2. Aufbau und Selbstverständnis der CDU 11](#_Toc66148960)

[4. Parteimitgliedschaften 13](#_Toc66148961)

[4.1. Forschungsstand nach Oskar Niedermayer 14](#_Toc66148962)

[4.2. Die Mitgliederstruktur der Unionsparteien 17](#_Toc66148963)

[5. Die CDU bei den Bundestagswahlen 2002-2017 19](#_Toc66148964)

[5.1 Wahlforschung: Sozialpsychologie und Rational Choice 22](#_Toc66148965)

[5.1.1 Rational-Choice-Ansatz 22](#_Toc66148966)

[5.1.2 Sozialpsychologischer Ansatz 23](#_Toc66148967)

[5.2 Angela Merkels Rolle bei der Bundestagswahl 2013 24](#_Toc66148968)

[5.5 Bundestagswahl 2017 26](#_Toc66148969)

[6. Die CDU im Vergleich zu Europas Konservativen 28](#_Toc66148970)

[6.1. Frankreichs Republikaner 29](#_Toc66148971)

[6.2. Spanien 32](#_Toc66148972)

[7. Fazit 35](#_Toc66148973)

[Literaturverzeichnis 39](#_Toc66148974)

[Eidesstaatliche Erklärung 45](#_Toc66148975)

# Abbildungsverzeichnis

[Abbildung 1: Mitgliederentwicklung CDU /CSU 18](#_Toc66148031)

[Abbildung 2: Wahlergebnisse Union & SPD bei Bundestagswahlen 2002-2017 20](#_Toc66148032)

[Abbildung 3: Kanzlerpräferenz: Merkel vs. Steinbrück 25](#_Toc66148033)

[Abbildung 4: Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen 29](#_Toc66148034)

[Abbildung 5: Mitgliederentwicklung LR/ EN Marche 32](#_Toc66148035)

# Einleitung

Diese Arbeit befasst sich mit der Frage, ob die CDU im Jahr 2021 ein Alleinstellungsmerkmal als Volkspartei im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland hat, oder die derzeitige Stärke in Umfragen nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Seit der Bundestagswahl 2005 gab es unter Angela Merkel drei Große Koalitionen und eine schwarz-gelbe Koalition. In dieser Zeit musste vor allem die SPD einen kontinuierlichen Rückgang an Stimmengewinnen bei landes- und bundesweiten Wahlen verzeichnen. So lagen die „Großen“ Union und SPD bei der Bundestagswahl 2005 mit 35,2 bzw. 34,2 Prozent fast gleichauf, sie können über zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. Im Jahr 2017 errang die Union 32,9 Prozent, die SPD 20,5 Prozent der Stimmen. Beide Parteien können gemeinsam nur noch etwas über die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen. Doch auch die Unionsparteien haben bei vergangen Wahlen deutlich federn lassen, so wurden verschiedene Landtagswahlen verloren, das Erstarken der AfD machte Regierungsbildungen in Ostdeutschland zusehends schwer. Auch der Mitgliederbestand der Großparteien hat sich im Vergleich zu den 1980er Jahren halbiert. Es wird eine allgemeine Lockerung von Parteibindungen konstatiert, die insbesondere „ehemalige“ Großparteien betrifft.

Die Zukunftsperspektive für Großparteien ist eine in der Politikwissenschaft viel diskutierte Frage. In dieser Arbeit werden die Unionsparteien in ihrer Geschichte, Struktur und ihrem Selbstverständnis analysiert, um eine Hypothese für die Zukunft entwickeln zu können.

Im ersten Abschnitt wird dazu in grundsätzliche Konfliktlinien des deutschen Parteiensystems eingeführt. Als theoretische Grundlage dient hierzu die Cleavage-Theorie. Sie wurde 1967 von den Soziologen Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt und versucht Entwicklungen in westlichen Parteiensystemen anhand von sich entwickelnden Konfliktlinien in Gesellschaften zu erklären. Auf ihr bauen zahlreiche Erklärungsmodelle zu den Veränderungen in Parteiensystemen auf.

Im darauffolgenden Kapitel wird der Begriff Volkspartei erläutert und mit analytischen Kategorien versehen, bevor anschließend die CDU als sogenannte Volkspartei analysiert wird. Dabei wird zunächst auf die Gründungsgeschichte der CDU eingegangen. Es folgt eine Analyse des Selbstverständnisses der CDU anhand der inneren Struktur und öffentlichen Darstellung. Hierdurch soll auch der bisherige Erfolg der Partei erklärt werden, welche die meisten Bundeskanzler stellte und über Jahrzehnte die Regierungsgeschäfte führt. Anschließend wird die Parteimitgliedschaft als soziologisches Phänomen analysiert. Hierbei wird zunächst eine Darstellung über die Forschung gegeben, bevor die Parteimitgliederentwicklung der Unionsparteien genauer betrachtet wird.

Im folgenden Abschnitt werden die Wahlergebnisse der Unionsparteien der Bundestagswahlen zwischen den Jahren 2002-2017 analysiert. Dabei wird auch die Mitgliederentwicklung als Indikator für den Zustand der Partei berücksichtigt. Darüber hinaus wird beleuchtet, ob die Entwicklung der CDU der SPD ähnelt und diese nur verzögert eintritt. Zur grundsätzlichen theoretischen Erklärung von Wahlverhalten und Wählermobilität wird auf den sozialpsychologischen Erklärungsansatz nach Ann Abor und den Rational Choice Ansatz Bezug genommen. Unter diesem Aspekt wird die Bundestagswahl 2013 und Angela Merkels Rolle hinsichtlich der Bedeutung von Kandidatenorientierung als verstärkender Indikator für Wahlentscheidungen betrachtet. Anschließend folgt ein Blick über die Bundesrepublik hinaus zum Zustand anderer christdemokratischer Parteien in Europa. Es soll gezeigt werden, ob die CDU eine herausgehobene Stellung im europäischen Vergleich hat. Hierzu wird auf die Entwicklung der französischen Konservativen (Les Républicains) und die spanische Volkspartei (Partido Popular) eingegangen. Die Parteien werden ebenfalls hinsichtlich Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse analysiert. Dabei werden im selben Zeitraum Veränderungen in den Parteiensystemen aufgearbeitet und mit Deutschland verglichen. Hierbei wird auch auf die Bedeutung politischer Bewegungen eingegangen, welche außerhalb etablierter Parteien stattfinden und dennoch die lange gewachsenen Parteiensysteme, wie Emanuel Macrons „en Marche“ Bewegung, stark verändern können.

Abschließend wird im Fazit dargestellt, warum die CDU fest im deutschen Parteiensystem verankert ist und eine herausragende Stellung behalten könnte. Zudem wird eine Zukunftshypothese der Partei ausgegeben.

# 2. Theoretische Grundlagen: Konfliktlinien im deutschen Parteiensystem

Nach dem Zweiten Weltkrieg formierte sich das deutsche Parteiensystem neu. Den Parteien wurde in der neu gegründeten Bundesrepublik ein besonderer Status im politischen System als Mitwirkende der Willensbildung des Volkes eingeräumt (vgl. GG. Art. 21).

Darunter werden zahlreiche Mitwirkungen der Parteien in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens festgelegt. Marschall bezeichnet diese Vorstellung des deutschen Parteiensystems als „weitreichend“ und der verfassungsrechtliche Status der Parteien sei Ausdruck der Übernahme von Gerhard Leibholz Vorstellungen von Parteien als „Sprachrohre“ der Gesellschaft (vgl. Marschall 2018: 110f.). Den Parteien kommt demnach im politischen System Deutschlands eine herausragende Rolle zu. Ihre feste systemische Verankerung als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat drückt sich neben den rechtlichen Grundlagen auch durch die Teilfinanzierung aus dem Staatshaushalt aus, welche umstritten und immer wieder Teil der öffentlichen Diskussionen ist.[[1]](#footnote-1)

Während die SPD in der Zeit des Nationalsozialismus verboten war und sich in der BRD praktisch reaktivierte, wurde die CDU neu gegründet. In ihr ging die ehemalige katholische Zentrumspartei auf und es bildete sich eine überkonfessionelle Partei, die sich als führende, bürgerliche Kraft etablierte (Marschall 2018: 115).

Die Politikwissenschaft erklärt Verschiebungen in Parteiensystemen anhand von Spaltungen (Cleavages), welche verschiedene gesellschaftliche Konfliktlinien festlegt. Hieran zeigt sich die Politisierung von westeuropäischen Gesellschaften, welche sich in den Parteiensystemen widerspiegeln (Niedermayer 2013: 89f.).

Die Cleavage-Theorie wurde in den 1960er Jahren von den Soziologen Stein Rokkan und Seymor Martin Lipset entwickelt und ist seitdem zentraler Bestandteil der Parteienforschung. Im Wesentlichen werden vier Konfliktlinien, Cleavages, ausgemacht, anhand derer sich die politische Formation der Gesellschaft darstellt: Klassenkonflikt zwischen Kapitaleignern und Beschäftigten, Stadt-Land-Konflikt, Machtkonflikte zwischen Staat und Kirche sowie dem sogenannten Zentrum-Peripherie Konflikt, womit Eliten und Minderheitenvertreter gemeint sind (Niedermayer 2013: 90). Parteien sind demnach der Ausdruck dieser Konfliktlinien. Im Klassenkonflikt vertreten sozialistische Parteien die Interessen der Angestellten, bürgerlich-konservative Parteien die Interessen der Arbeitgeber. Dieser Konflikt über die Verteilung sozioökonomischer Güter dominierte das deutsche Parteiensystem bis in die 1970er Jahre hinein. Die „Väter“ der Cleavage-Theorie sahen die Entwicklung der Parteiensysteme als vollendet an (Lipset/Rokkan 1967: 50). Der am Ende der 1960er Jahre eintretende Wertewandel zeigt hingegen eine Verschiebung der Konfliktlinien bzw. ein Hinzukommen weiterer Konflikte. Solche Verschiebungen „entwickeln sich aufgrund historisch spezifischer der gesellschaftlich relevanten Akteure“ (Jun 2017: 3). Der konfessionelle Konflikt trat jedoch zunehmend in den Hintergrund, da sich die Bevölkerung zunehmend eher in kirchennahe und kirchenferne Teile typisieren lässt (Decker 2018: 7). Anstelle der Frage nach konfessioneller Zugehörigkeit und Identifikation mit der Kirche treten sogenannte postmaterialistische Werte, wie beispielsweise Umweltschutz sowie eine zunehmende Selbstverwirklichung des Individuums, welche anstelle der konfessionellen Pflichten in den Vordergrund treten (Holtkamp 2018: 16).

Der bereits beschriebene Prozess begründete die Herausbildung neuer Parteien wie Bündnis90/Die Grünen und strukturierte das Parteiensystem um, weg von einem Zwei-plus-Eins-System (CDU; SPD; FDP), hin zu einem pluralistischem Parteiensystem mit mehr Parteien (Marschall 2018: 116).

Neben der beschrieben Konfliktlinie anhand der Verteilung von Produktionsgütern und der Frage nach dem Maß der staatlichen Intervention in die Markwirtschaft wird eine neuere Konfliktlinie zwischen autoritären und liberalen Politikverständnissen deutlich. Parteien lassen sich unter anderem nach diesen Kategorien einem politischen Spektrum zuordnen. Dieses Modell der Konfliktdimensionen im Parteienwettbewerb ist in der Politikwissenschaft stark verbreitet und geht über eine klassische links-rechts Definition hinaus (Jun 2017: 2f.). Die Konfliktdimensionen, autoritär vs. libertär sowie marktwirtschaftlich vs. staatlich-interventionistisch, dienen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Konfliktlinien als theoretische Grundlage, welche auf der Forschung der Cleavage-Theorie von 1967 basieren. Doch bereits 1967 stellten die Autoren Lipset und Rokkan die Frage nach den Kontinuitäten in Parteiensystemen, wie Parteien es trotz gesellschaftlicher Veränderungen schafften weiterhin Wählerklientele an sich zu binden (Lipset/Rokkan 1967: 51). Die Autoren werfen bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Konfliktlinien der jungen Bundesrepublik selber den Begriff der Volkspartei ein, einen deutschen Begriff (Lipset/Rokkan 1967: 289).

# 3. Definition Volkspartei

Die These vom Ende der Volksparteien oder von ihrer allmählichen Erosion wurde in der Politikwissenschaft und in der Öffentlichkeit immer wieder aufgegriffen, wenn die Union und die SPD schlechte Wahlergebnisse erzielten. Die Diskussion über das Ende der Volksparteien in Deutschland wurde in der Politikwissenschaft bereits Ende der Achtzigerjahre und in den frühen Neunzigerjahren geführt. In der Forschung ist umstritten, nach welchen Kriterien der Begriff Volkspartei definiert wird. Durch diese Problematisierung ist es schwer eine klare, breit anerkannte Definition zu finden.

So existiert der Begriff Volkspartei im Englischen nicht, es gibt keine direkte Übersetzung. Ähnlich definiert werden lediglich die sogenannten „Catch-all-parties“ nach Otto Kirchheimer, welcher in den 1950er Jahren diesen Begriff entwickelte. Dieser beschreibt darin unter dem Eindruck einer gescheiterten Weimarer Republik die Rolle der „catch-all-Parties“ als Teil des wiedereinsetzenden Demokratisierungsprozesses in Europa nach dem Dritten Reich (Krouwel, 2003: 25).

Kirchheimer vergleicht hier die Vereinigten Staaten von Amerika und die junge Bundesrepublik als Beispiele für politische Systeme mit sich entwickelnden „catch-all-parties“, ohne diesen Begriff mit einer klaren Definition zu versehen. Kirchheimer arbeitet hierbei fünf Punkte in der Entwicklung von Volksparteien aus, welche sie definieren können:

1. „Reduktion des ideologischen Gewichts einer Partei. ... b) Weitere Stärkung der obersten Führungsgruppen, deren Handlungen und Unterlassungen nun unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zur Effizienz des gesamten Sozialsystems beurteilt werden, anstatt sich allein mit den Zielen ihrer jeweiligen Organisation zu identifizieren. c) Herabstufung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds, eine Rolle, die als historisches Relikt betrachtet wird und das neu aufgebaute Gesamtbild der Partei verdecken kann. d) Die Betonung (…) der spezifischen sozialen Klasse oder der konfessionellen Klientel zugunsten der Rekrutierung von Wählern unter der Gesamtbevölkerung.“ (Krouwel, 2003: 27f.)

Die zunächst angesprochene Reduktion des ideologischen Gewichts einer Partei kann als inhaltliche Breite und Bündnisoffenheit verstanden werden (Niedermayer 2010: 264f.). Dies steigert auch die Koalitionsfähigkeit und drückt die Bereitschaft aus, Regierungsverantwortung zu übernehmen (vgl. Probst 2018: 17).

Hervorgehoben wird ebenfalls die Rolle der Führung einer Volkspartei. Diese benötigt als Spitze einer professionalisierten Partei mit dem Ziel der Stimmenmaximierung einen breiten Handlungsspielraum, um die strategische Ausrichtung einer Partei durchführen zu können (Hoffmann 2004: 111). Die Wirkung dieser Führungsgruppen und deren gesellschaftliche Position geht über die innere Wirkung einer Partei hinaus und wird nach Kirchheimer in ihrer Wirkung für die gesamte Gesellschaft beurteilt. Die Bedeutung dieser Position wird in einer sich vernetzenden Mediengesellschaft verstärkt (Bösch 2002: 191).

Die Mitglieder einer Volkspartei sollen idealtypisch die gesamtgesellschaftliche Sozialstruktur abbilden. Dies birgt die Problematik gegenläufiger Interessen innerhalb der Parteibasis. Die Herabstufung des einzelnen Mitgliedes kann demnach als Anspruch verstanden werden, nicht die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Mitglieder abzubilden, sondern aus diesen Führungspersonal zu rekrutieren und zum Zwecke der Stimmenmaximierung das Individuum zurückzustellen. Hierfür spricht auch die programmatische Breite von Parteiprogrammen, welche möglichst viele Milieus ansprechen sollen und daher häufig wenig präzise sind (Hoffmann 2004: 109).

Die milieuübergreifende Bindekraft von Volksparteien, welche sich auch in ihrer Mitgliedschaft ausdrückt, wird als ein Kriterium genannt. Als milieuübergreifend wird dabei eine konfessionell gemischte und durch mehrere sozialen Schichten basierende Mitgliedschaft genannt. Diese Kriterien werden für diese Arbeit als Grundlage einer Definition einer Volkspartei festgelegt, da sie in der Forschung in dieser oder ähnlicher Weise dargestellt werden.

## 3.1. Die Geschichte der CDU im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland

Die Christdemokratie gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Sammelbewegung, in welcher die neugegründete katholische Zentrumspartei schlussendlich aufging. Ihnen gelang erstmals die Vereinigung von politischem Katholizismus und Protestantismus (vgl. Lipset 1967: 301-303). Die Union hat sich in der frühen Bundesrepublik als Gründungspartei des jungen Staates ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebracht. Die Union Konrad Adenauers legte den Grundstein für das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre und hat die junge Bundesrepublik außenpolitisch in das westliche Bündnis eingegliedert. Begünstigt wurde die Entwicklung durch ein Bedürfnis der Deutschen nach Stabilität, Ruhe und Aufschwung, nach den Jahren der Krisen und des Kriegs (Walter 2014: 13). Die CSU setzte sich Anfang der 1950er Jahre in Bayern gegen die milieugleiche Konkurrenz der Bayernpartei durch und konnte eine Art „Vormachtstellung“ in Bayern als regionale Größe entwickeln. Sie trat im Gegensatz zu anderen milieugleichen Landesparteien nicht der Bundes-CDU bei und verfolgte immer eine Linie als Arbeitsgemeinschaft mit der CDU, woraus schließlich die Unionsfraktion erwuchs[[2]](#footnote-2) (Bösch 2001: 67f.).

Den Unionsparteien gelang es eine Identifikation christdemokratischen Regierungshandels mit Werten wie Sicherheit und Wohlstand zu verknüpfen. Diese Gewissheit was man bekommt, wenn man die Union wählt, konnte über Wählergenerationen hinaus aufrechterhalten werden. Dabei bildete das Bekenntnis auf christliche Werte einen strategischen Vorteil, da sich in der jungen Bundesrepublik die breite Mehrheit der Deutschen dem Christentum zugehörig definierte und so auch Spaltungen des bürgerlichen Lagers überwunden werden konnten. Hinter der christlichen Wurzel können sich breite Schichten versammeln. Die Berufung hierauf kann als das bindende Element bezeichnet werden, das die verschiedenen Milieus des Katholizismus, bürgerlicher Protestanten und der Landbevölkerung zusammenführt (vgl. Walter, 2014: 17f.). Im Laufe der 1970er Jahre gewannen andere Themen wie der Umweltschutz, die Nutzung der Atomenergie oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau an Bedeutung. Neue Parteien konnten im Parteienwettbewerb erfolgreich sein, wenn sie ein wichtiges gesellschaftliches Thema besetzten, das von den etablierten Parteien nicht repräsentiert wurde. Die Grünen genossen die Unterstützung dieser neuen gesellschaftlichen Bewegungen. Im Jahr 1983 zogen die Grünen als neue Partei in den Deutschen Bundestag ein. Bis Ende der 1980er Jahre entwickelten sie sich zu einem festen Bestandteil der deutschen Parteienlandschaft (Probst 2018: 17).

Durch die Wiedervereinigung gewann die Pluralisierung des Parteiensystems noch zusätzlich an Dynamik.

## 3.2. Aufbau und Selbstverständnis der CDU

CDU/CSU und SPD bezeichnen sich selbst als Volksparteien. Bereits in der Präambel des Ludwigshafener Grundsatzprogramms von 1978 bezeichnet die CDU sich selbst als Volkspartei, welche sich auf drei zentrale politische Strömungen beruft: einer liberalen, konservativen und christlich-sozialen (Niedermayer 2009: 417). Den Anspruch der Volkspartei bekräftigen CDU/CSU sowohl in ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 als auch in verschiedensten öffentlichen Äußerungen führender Unionspolitiker nach der Wahl, wobei hier noch einen Schritt weiter gegangen und die CDU als letzte Volkspartei Europas bezeichnet wird (Merz/Twitter 2020). Auf den europäischen Aspekt dieses Selbstverständnisses wird zu an späterer Stelle der Arbeit eingegangen.

Die CDU verstand sich nach ihrer Gründung als Regierungspartei, keine Partei, die sich selbst von Programmatik ernährt. Darunter kann auch verstanden werden, dass die Partei vor allem der Rekrutierung geeigneter Führungspersönlichkeiten diente und sich weniger auf durch innere Diskurse entstandene Programmatik berief (Bösch 2002: 7). Dieses Verständnis herrschte in der frühen CDU unter Konrad Adenauer vor und wurde erst mit der ersten Großen Koalition 1969 in Frage gestellt, um sich trotz gemeinsamer Regierung von der Sozialdemokratie abgrenzen zu können. Der Machtverlust 1969 verstärkte diese Bestrebungen. Helmut Kohl trat in diesem Prozess als Reformer auf, der die programmatische und strukturelle Reform der CDU vorantrieb (Bösch 2002: 103).

Hierbei wurde vor allem der organisatorische Aufbau professionalisiert, auch fand eine kulturelle Liberalisierung statt, um die CDU breiteren Wählerschichten zu öffnen. Im Selbstverständnis der CDU steht ein Politikangebot für die breite Gesellschaft der Bundesrepublik und ein Verantwortungsbewusstsein für eben jene, wodurch der Anspruch Volkspartei zu sein bekräftigt wird. Der Anspruch, Politik für Menschen unterschiedlicher Milieus, Konfessionen und Lebensentwürfe zu machen, wird im Imagevideo der Partei zum digitalen Bundesparteitag am 15.01.2021 erneut betont (CDU Deutschland 2021/ YouTube).

Die Unionsparteien generieren über ihre Stammwählerschaft hinaus Stimmen aus allen sozialen Schichten. Dieser schichtübergreifende Charakter der CDU wird auch durch ihren inneren Aufbau deutlich. Ein „innerer Föderalismus“ kennzeichnet den vertikalen Aufbau der Partei. Diese ist in 17 Landesverbände, außer Bayern, sowie die Bezirksverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg aufgegliedert. Darunter bilden 27 Bezirks- und 327 Kreisverbände sowie über 10.000 Ortsverbände den Unterbau. Die politischen Strömungen innerhalb der Partei gelten als unterschiedlich. So galten beispielsweise die Landesverbände Schleswig-Holstein und Hessen als eher konservativ, Nordrhein-Westfalen und das Saarland als eher christlich-sozial ausgerichtet. Dabei üben die Landesvorsitzenden traditionell viel politischen Einfluss aus, wenn sie Ministerpräsidenten oder Oberbürgermeister sind (Bösch 2018: 256).

Die verschiedenen Parteiströmungen finden sich auf horizontaler Ebene in zum Teil eher locker assoziierten Vereinigungen und Unterorganisationen wieder. Diese Organisationen sind in unterschiedlicher Intensität mit der Mutterpartei verbunden. Setzt etwa die Mitgliedschaft in der Frauen‐Union eine Parteimitgliedschaft voraus, ist dies für Mitglieder der Jungen Union (JU) oder der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in der CDU nicht zwingend notwendig. Die Vereinigungen verbinden die Partei mit dem vorpolitischen Raum, darüber hinaus dienen sie der Personalrekrutierung und stützen die Organisation unterschiedlicher Strömungen in der Partei.

Die Junge Union, ist dabei die wohl wichtigste Organisation der Partei. Mit über 110.000 Mitgliedern ist sie zudem die größte parteipolitische Jugendorganisation Europas und gilt als maßgebliches innerparteiliches Karrieresprungbrett. Wenn sie auch nicht alle Standpunkte der CDU deckungsgleich teilt, sucht die Junge Union nur selten den Konflikt mit der Mutterpartei. Vertraten die Mitglieder der Junge Union in den siebziger Jahren noch hauptsächlich christlich‐soziale Positionen, ist sie heute wirtschaftsfreundlich ausgerichtet (Bösch 2018: 257).

Dies drückte sich zuletzt durch die Nominierung von Friedrich Merz als Parteivorsitzenden durch die MIT und die JU aus (Tagesschau 2020).

Die CDU und ihre Organisationen leiden seit Jahrzehnten unter Mitgliederschwund. Durch die sinkenden Mitgliederzahlen verschiebt sich auch die Zusammensetzung der finanziellen Ressourcen der Partei. In den 1990er Jahren stellten die Mitgliedsbeiträge mit 40 % der Gesamteinnahmen die Haupteinnahmequelle der Partei dar, sind diese heute auf unter 30 % gesunken (Deutscher Bundestag 2021: 3). Weitere 30 % der Einnahmen werden durch direkte staatliche Mittel generiert und immerhin 20% der Einnahmen belaufen sich auf Parteispenden. Seit den achtziger Jahren hat sich die finanzielle Gesamtlage der Partei erheblich verschlechtert, was vor allem an fehlenden Wirtschaftsspenden seit der Flick‐Affäre liegt (Bösch 2018: 257f.).

Parteispenden bildeten so im Jahr 2019 nur noch 15% der Einnahmen der CDU. Jedoch erhöht sich der Gesamtanteil der Finanzierung durch den Staat auf fast 50%, hierbei knapp 35% durch die Erstattung pro Wählerstimme sowie den Mandatsträgerabgaben. Doch warum verlieren die CDU und ihre Organisationen immer mehr Mitglieder? Die Frage nach den Gründen für eine Parteimitgliedschaft und deren Motive wird im folgenden Kapitel bearbeitet.

# 4. Parteimitgliedschaften

Allgemein ist der Anteil der Deutschen mit Parteibuch rückläufig. Vor allem bei den Mitgliederparteien CDU und SPD ist in den letzten Jahrzehnten ein starker Mitgliederrückgang zu verzeichnen, welcher in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert wird (Schlamp 2016). Bevor die Mitgliederstruktur der CDU im Detail analysiert wird, soll zunächst geklärt werden, warum aus politikwissenschaftlicher Sicht Menschen Mitglied einer Partei werden. Theoretischer Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage sind Oskar Niedermayers Überlegungen zur Veränderung in Größe und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften.

## 4.1. Forschungsstand nach Oskar Niedermayer

Niedermayer unterscheidet zunächst zwischen expressiven und instrumentellen Beitrittsanreizen. Als expressiv gelten solche Anreize, welche einen eigenen Wert darstellen. Dazu gehört die persönliche Sozialisation durch die Familie und das soziale Milieu, welche die Nähe einer bestimmten Partei begünstigen können. Darüber hinaus wird das Bürgerpflichtdenken in diese Kategorie gezählt. Diese expressiven Anreize stellen einen Eigenwert dar, da der daraus resultierende Parteibeitritt zur Befriedigung emotionaler Bedürfnisse dient (vgl. Niedermayer 2009: 96f.).

Instrumentelle Anreize hingegen bezeichnen den Parteibeitritt als Mittel zur Erreichung individuellerer Ziele. Hierbei unterscheidet der Autor nochmals verschiedene Kategorien dieser Anreize (vgl. Niedermayer 2009: 99).

Zunächst gibt es wertbezogene Anreize, bei denen der Parteibeitritt als Mittel zu Unterstützung diverser Wertvorstellungen dient. Hinzu kommen verschiedene politische Kategorien.

Das Individuum nutzt den Parteibeitritt zur Durchsetzung politischer Anliegen oder zur Unterstützung der Anliegen entsprechender politischer Führungspersönlichkeiten. Des Weiteren kann die Partei dazu beitragen, Wissen und kognitiven Fähigkeiten für die Durchsetzung politischer Prozesse zu akquirieren. Niedermayer bezeichnet dies als prozessbezogene Anreize (vgl. Niedermayer 2009: 99).

Materielle Anreize liegen vor, wenn der Parteibeitritt zur Erlangung materieller Vorteile dient. Hinzu kommen die gratifikationsbezogenen Anreize, welche aus Sicht des Individuums einer Durchsetzung von politischen Zielen dient, von deren wohlstandsfördernder Wirkung das Individuum überzeugt ist. Positionsbezogene Anreize stellen die Chance auf eine berufliche Verbesserung dar (vgl. Niedermayer 2009: 99-101).

Der Autor betont an dieser Stelle, dass die Stärke der vielfältigen Beitrittsanreize sich aus der vom Individuum erwarteten Wahrscheinlichkeit der positiven Folgen des Beitritts ergeben. Daraus folge, dass je nach Partei unterschiedliche Anreize zu unterschiedlich starken Beitrittsanreizen führen (Niedermayer 2009: 100).

Die Ausführungen von Niedermayer schaffen eine breite Grundlage zur Beurteilung dessen, wann eine Partei als beitrittsanziehend oder beitrittsabstoßend gewertet werden kann. Insgesamt müssen die expressiven und instrumentellen Beitrittsanreize maximiert werden, sodass diese die Beitrittshemmnisse übersteigen (vgl. Niedermayer 2009: 101).

Auf Seiten des Individuums existieren Prädispositionen, die die Erwartungen und Bewertungen des potentiellen Mitglieds definieren. Neben den bereits erwähnten affektiv-emotionalen Bedürfnisse prägen auch die aus Sozialisationsprozessen entstandenen Wert- und Normvorstellungen sowie die Erfahrungen des Individuums mit politischen Vorgängern die Prädispositionen. Decken sich die Prädispositionen mit dem Eigenwert einer in Frage kommenden Partei, so ist der Einfluss der expressiven Anreize, die eine Partei verspricht, womöglich positiv auf das potentielle neue Mitglied (vgl. Niedermayer 2009: 102).

Die beschriebene Wechselwirkung führt im positiven Verlauf zu dem, was allgemein als Parteiidentifikation bekannt ist. Die Identifikation mit einer Partei bzw. die Bindung zu einer Partei „ist die zentrale Motivationsquelle für parteipolitisches Engagement. […] Ihre Intensität ist gleichwohl abhängig von der Häufigkeit parteiinterner Informationen und der Zufriedenheit mit dem eigenen Ortsverband“ (Florack 2005: 101). Gemäß des „vote-seeking“-Prinzips (Wenzelburger 2015: 82f.) von Volksparteien, ist hingegen von einer allein auf das Kernklientel bezogenen Mitgliederorientierung, wie sie die „Cleavage-Theorie“ (Niedermayer 2009: 104f.) vorgeben müsste, abzusehen. Eine Parteimitgliedschaft ist dann zu erwarten, wenn eine Parteiidentifikation vorhanden ist und durch entsprechende innerparteiliche Handlungen erzeugt oder aufrechterhalten wird. Niedermayer priorisiert die expressiven und instrumentellen Anreize nicht. Dies ist dahingehend nicht von Bedeutung, dass, wie gleich verdeutlicht wird, beides über eine (anhaltende) Parteimitgliedschaft entscheidet.

Auf Seiten des Individuums befinden sich auch „partizipationsnotwendige Ressourcen“ (Niedermayer 2009: 102). Auch hier wirken die eben beschriebenen Prädispositionen ein, nämlich in der Frage, ob auf das *Wollen* des Individuums auch ein *Können* durch Kenntnisse, Fertigkeiten oder Budget folgen kann (vgl. Niedermayer 2009: 102). Die vorangegangene Beschreibung der instrumentellen Anreize hat verdeutlicht, dass ein Parteibeitritt „als Mittel zur Erreichung individueller Zwecke und Ziele“ (Niedermayer 2009: 99) gedeutet werden kann. Es erscheint naheliegend, dass die innerparteilichen sowie strukturellen Rahmenbedingungen neben der inhaltlichen Arbeit im Zentrum der Beurteilung liegen und welche Auswirkungen sie auf das Parteimitglied haben. Nämlich, ob „die innerparteiliche Willensbildung vorwiegend von oben nach unten“ (Dose 2014: 154) verläuft „Parteimitglieder […] ihre politischen Anliegen in den internen Willensbildungsprozess der Partei einbringen können“, aber auch, ob „die Mitglieder durch gezielte Ansprache ihrer Interessen und durch Inanspruchnahme ihrer individuellen Qualifikationen in die Parteiarbeit“ (Florack 2005: 109) eingebunden werden. Hier sticht also vor allem der Wunsch nach Basisdemokratie mit steigenden Mitbestimmungsrechten der Mitglieder hervor (vgl. Florack 2005: 109). Dies erfordert in gewissem Maße eine Abkehr der traditionell streng hierarchischen top-down-funktionierenden innerparteilichen hin zu einer bottom-up-funktionierenden Struktur (vgl. von Alemann 1997: 479). Ein besonders prägnantes Beispiel ist hier das SPD-Mitgliedervotum zur Fortsetzung der Großen Koalition im März 2018, das eine Wahlbeteiligung von 78,39 Prozent erzielte (vgl. SPD 2018). Dem Votum ging ein Mitgliederzuwachs von über 10.000 Menschen in wenigen Monaten voraus (vgl. Kiesel2017). Hierbei wurde die Mobilisierungsfähigkeit anhand der umgekehrten bottom-up Struktur deutlich, welche die Parteimitgliedschaft stark einbindet.

Ein weiterer Aspekt ist jedoch auch, ob die Ressourcenausstattung des Individuums eine Partizipation innerhalb einer präferierten Partei überhaupt möglich macht (vgl. Niedermayer 2009: 103ff.) oder sich die Bindung zur Partei, ggf. aus Enttäuschung, auflöst. Geht man von ressourcenmäßig besonders stark ausgestatteten (potentiellen) Neu-Mitgliedern aus, so ist auch die Frage, ob eine Partei überhaupt den „Bedarf an den Leistungen […], die von den Mitgliedern erbracht werden“ (Detterbeck 2005: 65) hat und entsprechend agiert. Klaus Detterbeck erwähnt hierhingehend vor allem eine Tendenz in Richtung eines absinkenden Mitgliederbedarfs.Eine Parteimitgliedschaft ist demnach dann zu erwarten, wenn die instrumentellen Beitrittsanreize durch innerparteiliche Rahmenbedingungen befriedigt werden, besonders ressourcenschwache und besonders ressourcenstarke Mitglieder gefördert und gefordert werden. Diese Förderung und Forderung ist jedoch nur soweit zu vollziehen, dass an dieser Stelle keine Beitrittshemmnisse, wie z.B. zu hohe Partizipationskosten, entstehen.

Die Motive zum Partei-Engagement haben sich gewandelt und sich von der sozialen Verbundenheit zur Abwägung eigener Interessen im Vergleich zu den Belastungen des Engagements verschoben (v. Byme 2015: 21). Zusätzlich ist auch der allgemeine Rückgang der Parteimitgliedschaften zu erwähnen. Im folgenden Unterkapitel wird die Struktur der CDU-Parteimitglieder und ihrer Mitglieder analysiert.

## 4.2. Die Mitgliederstruktur der Unionsparteien

1990 hatte die CDU 789.609 Parteimitglieder. Bis zum Jahr 2020 war eine Abnahme auf 405.816 Personen zu verzeichnen. Das bedeutet, dass die CDU innerhalb dieses Zeitraums knapp die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat.

Die CSU hatte im Jahr 1990 186.198 Mitglieder, im Jahr 2020 139.130, ein Rückgang um 25 %.

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung CDU /CSU

Das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder betrug im Jahr 2020 61 bzw. 60 Jahre bei der CSU. Allerdings betrug das Durchschnittsalter der SPD-Mitglieder ebenfalls 60 Jahre. Zudem ist auch in der CDU die Mehrheit der Mitglieder älter als 60 Jahre. Somit sind die SPD und die Union gemessen am Durchschnittsalter die „ältesten“ Parteien in Deutschland (Niedermayer 2020: 26 f.)

Bei den CDU-Mitgliedern sinkt der konfessionell gebundene Anteil. Der Anteil der Protestanten verringerte sich von 39% im Jahr 1990 auf 29,7% im Jahre 2020. Der Anteil der Katholiken sank ebenfalls von 53% auf 46,8% (Niedermayer 2020: 33).

Auch in der CSU hat der Anteil der christlichen Mitglieder abgenommen. Im Jahr 1990 waren 80,4% katholisch und 17,7% protestantisch, im Jahr 2020 waren nur noch 73,8% katholisch und 15,7% protestantisch. Es wird deutlich, dass gerade im katholischen Milieu nach wie vor eine sehr hohe Bindung an die Union vorhanden ist, diese ist jedoch leicht rückläufig. Etwas stärker rückläufig ist die Bindung der Protestanten an die Union.

Frauen sind in den Unionsparteien unterrepräsentiert. Seit den 1980er Jahren wird der Frauenanteil zunehmend in den Unionsparteien problematisiert, 1996 folgte das sogenannte Frauenquorum, nach welchen ein Drittel von Staats- und Parteiämtern mit Frauen besetzt werden sollen. Durch dieses Quorum wurde der Anteil von Frauen in Parteifunktionen gesteigert, eine signifikante Steigerung in den hohen Führungspositionen blieb jedoch auch unter Angela Merkel als Parteivorsitzende aus (Bösch 2018: 258).

Der Frauenanteil blieb in der CDU zwischen 1990 und 2020 fast konstant bei 25,6, bzw. 26,5%. In der CSU steigerte sich dieser von 15,3% auf 32,8% im Jahr 2020 (Niedermayer 2020: 23).

Konstant bleibt auch der berufliche Hintergrund der Mitglieder. So waren bereits in den 1990er Jahren die Arbeiter mit 10% eine kleine Gruppe, die auf 6% im Jahr 2020 sank. Der Anteil von Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes liegt mit über 30% über dem Gesellschaftsschnitt, Freiberufler und Selbständige sind mit 34% ebenfalls überrepräsentiert (Niedermayer 2012: 26).

Die Sozialstruktur der Mitglieder der Unionsparteien hat sich trotz massiv sinkender Mitgliederzahlen nur geringfügig verändert. Lediglich in der CSU wurde ein höherer Frauenanteil in der Mitgliedschaft erreicht. Die sich lösende Bindung des konfessionellen Milieus mit der Union kann, mit der bereits im zweiten Kapitel erwähnten, wachsenden Säkularisierung der gesamten Gesellschaft erklärt werden. Auch deutet die gleichbleibende soziale Zusammensetzung der Mitglieder der CDU darauf hin, dass die Partei weiterhin ähnliche Milieus anspricht und der massive Rückgang der Mitglieder durch das Sterben der eintrittsstarken Jahrgänge der 50er bis 70er Jahre erklärt werden kann (Wiesendahl 2018: 305f.). Hierfür spricht auch die Altersstruktur der Partei. Allerdings erfolgt keine entsprechende Kompensation durch Neueintritte. Im Vergleich zu den anderen Parteien in Deutschland können CDU (405.816) und SPD (419.340) als Marktführer der Mitgliedschaft bezeichnet werden, da sie nach wie vor mit Abstand die meisten Mitglieder haben. So konnten die Grünen zwischen 2010 und 2020 ihre Mitgliederzahlen von 52.991 auf 96.487 fast verdoppeln, haben jedoch immer noch ein Drittel weniger Mitglieder als die CSU, welche nur in Bayern antritt (Niedermayer 2020: 6).

# 5. Die CDU bei den Bundestagswahlen 2002-2017

Im folgenden Abschnitt wird auf die Wahlergebnisse der vergangenen Bundestagswahlen ab 2002 eingegangen. Dabei sollen nicht die Gesamtergebnisse mit allen Zahlen wiedergegeben, sondern vielmehr überblicksartig die Veränderungen im Parteiensystem und in der CDU dargestellt werden. Während Union und SPD bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 gleiche bzw. ähnliche Ergebnisse hatten, folgte 2009 der Absturz der SPD, welcher sich 2013 manifestierte. Hier erzielte die Union ein sehr starkes Ergebnis, weshalb diese Wahl auch in Hinblick auf die Rolle Angela Merkels als Kanzlerin im Folgenden gesondert betrachtet wird. Die Wahl 2017 wird in der Forschung als einschneidend und für die Volksparteien als ernüchternd angesehen (Dietz/Roßteuscher 2017: 123) und verdient daher ebenfalls besondere Betrachtung.

Für den schnellen Überblick sind zunächst die vier Wahlergebnisse von Union und SPD vergleichend dargestellt. Anschließend erfolgt die Erörterung der einzelnen Wahlen.

Abbildung 2: Wahlergebnisse Union & SPD bei Bundestagswahlen 2002-2017.

Nach dem Rücktritt von Wolfgang Schäuble im Jahr 2000, im Lichte der Spendenaffäre, hatte Angela Merkel den Parteivorsitz bis ins Jahr 2018 inne. Zuvor stand Helmut Kohl 25 Jahre an der Spitze der CDU, er hatte die politische Führung von 1973 bis 1998 inne.

Üblicherweise gehen das Amt des Bundeskanzlers (in diesem Fall des Fraktionsvorsitzenden, da die Union in der Opposition war) und des Parteivorsitzenden ein einer Hand, was die Autorität der Vorsitzenden stärkt (Bösch 2018: 253).

2002 trat jedoch Edmund Stoiber von der CSU als Kanzlerkandidat der Union an und nicht die Parteivorsitzende Angela Merkel. Bei der Bundestagswahl lagen Union und SPD mit jeweils 38,5 % gleichauf.

Gerhard Schröder konnte die rot-grüne Koalition fortsetzen. Bald darauf führte die Bundesregierung eine Reihe von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen durch, die gemeinhin als Agenda 2010 bezeichnet werden. Diese führten zu zahlreichen Einschnitten und Kürzungen des Sozialstaats und schadeten der SPD, da die Sozialpolitik ihre Kernkompetenz darstellt. Es folgte ein innerparteiliches Zerwürfnis, das bis heute nicht abgelegt werden konnte (Jun 2018: 479f.).

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 erzielte die Union 35,2% der Stimmen, die SPD kam auf 34,2 %. Beide großen Parteien erlitten Verluste, jedoch konnte die Union die Regierung durch die Bildung einer Großen Koalition übernehmen und Angela Merkel wurde zur ersten Bundeskanzlerin gewählt. Die Koalition konnte als Sanierungskoalition verstanden werden, da sie zunächst die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfte und es ihr mit massivem Einsatz staatlicher Mittel gelang, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 abzumildern (Rudzio 2019: 100).

Bei der Bundestagswahl 2009 erlitten Union und SPD Verluste. Dabei kamen die Unionsparteien auf 33,8%, die SPD stürzte auf 23% ab und war klarer Wahlverlierer. Allein drei Millionen Wähler verloren Union und SPD an das Lager der Nichtwähler, die SPD davon zwei Millionen. Weitere 2,5 Millionen Wähler verlor die SPD zu ähnlich großen Teilen an Linke, Grüne und die Union. Die Union wiederum verlor über eine Million Stimmen an die FDP, welche sich im Vergleich zur vorherigen Wahl auf 14,4% steigerte (Jung 2009: 15ff.). Dem „bürgerlichen Lager“ gelang es mit einer gezielten Zweitstimmenkampagne für die FDP, sich zu verbreitern und rechnerisch zu ermöglichen, was bereits seit Jahrzehnten politische Praxis war. Es folgte die Bildung einer schwarz-gelben Koalition unter Kanzlerin Merkel. In der Rückschau wurde die Position der Union trotz des eher ernüchternden Wahlergebnisses noch gestärkt, weil sie den Abstand zur SPD massiv ausbaute (Jung 2009: 15ff.).

Bei der Bundestagswahl 2013 siegte die Union mit 41,5%. Die internationale Presse titelte von „Erdrutschsieg“ und nannte Angela Merkel „die Königin, die keiner krönt“ (vgl. Augsburger Allgemeine 2013). Die Union konnte ihr Ergebnis von 2009 um 7,7% steigern, die SPD hingegen verbesserte sich leicht auf 25,7%. Trotz des eindeutigen Sieges der Union blieb nur eine Große Koalition, da die FDP nicht wieder in den Bundestag einzog und die rechnerisch linke Mehrheit im Bundestag nicht politisch realisiert wurde (Rudzio 2019: 102). Dieser Wahlsieg der Union wird mit Kanzlerin Merkel direkt in Verbindung gebracht. Ihr bekannter Ausdruck „Sie kennen mich“ (Deutschlandfunk 2013) unterstreicht die dominante Rolle der Kanzlerin als Kandidatin. Hiermit verbunden wird häufig die Wahlkampftaktik der sogenannten „asymmetrischen Mobilisierung“, also der Vermeidung kontroverser Positionen, um die Wähler des politischen Gegners nicht zur Wahl zu motivieren (Rossteutscher/Schäfer 2016: 455). Offenbar konnte die Kandidatin Merkel bei den Wählern punkten. Im folgenden Unterkapitel wird daher genauer analysiert, inwiefern Kandidatenorientierung von der Wahlforschung erklärt wird und eine stärkere Position in Zeiten von sich lösender Parteibindung darstellen.

## 5.1 Wahlforschung: Sozialpsychologie und Rational Choice

Zur Analyse des Wahlverhaltens von Menschen dienen unterschiedliche theoretische Erklärungsmodelle. Zwei von ihnen sind der „sozialpsychologische Ansatz“ sowie der „Rational-Choice-Ansatz“. Diese sollen in diesem Kapitel kurz vorgestellt und im weiteren Verlauf dieser Arbeit als zum vorherigen Theorie Teil der Cleavage-Theorie ergänzend gesehen werden.

## 5.1.1 Rational-Choice-Ansatz

Im Vordergrund dieses Erklärungsmodells ist das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül, also das rationale Urteil von mündigen Bürgern. Dieser schaut retrospektiv auf die Arbeit von Regierenden oder bestimmten politischen Akteuren und eruiert für sich, ob die Arbeit als positiv oder negativ bewertet werden kann. Die Wahlentscheidung orientiert sich also an dem Ergebnis der Politik bestimmter Akteure und die Summe ihrer Leistungen wird als Maßstab für oder gegen eine Wahl genutzt (vgl. Roth 2008: 51f.).

## 5.1.2 Sozialpsychologischer Ansatz

Die bisherigen Erklärungsmodelle stellen die gesellschaftlichen Konfliktlinien in den Mittelpunkt der Untersuchung. Im Gegensatz dazu wird beim sozialpsychologischen Ansatz, entwickelt von Sozialwissenschaftlern der University of Michigan in Ann Arbor, der Einzelne mit seinen Beweggründen in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt. Welche Partei man wählt, wird maßgeblich von der eigenen Meinung über das zur Wahl stehende Personal beeinflusst, ebenso wie die individuelle Parteiidentifikation. Die Entscheidung, welcher Partei man die Stimme gibt, ist das Produkt mehrerer Entscheidungsprozesse über verschiedene Zeiträume (vgl. Roth 2008: 28-30).

Die Identifikation mit einer Partei wird in einer frühen Phase politischer Sozialisation erworben und intensiviert sich im Laufe des Lebens durch Ereignisse, Erfahrungen und individueller Wahrnehmung. Eine solche „psychologische Mitgliedschaft“ (Roth 2008: 42) nimmt eine zentrale Position im individuellen Einstellungssystem ein und lässt Politik beziehungsweise die Agenda einer bestimmten Partei in der einzelnen subjektiven Wahrnehmung interessant und wichtig erscheinen.

Eine weitere Variable dieses Modells ist die Themenorientierung. Diese umfasst das Angebot der Parteien und Kandidaten zu wahlbestimmenden Themen. Dabei ist für die Relevanz dieser Variable entscheidend, inwiefern diese Sachfragen für den einzelnen Wähler persönlich von Interesse sind. Hierbei kann zwischen Themen mit allgemeingültiger Zielsetzung, wie niedriger Arbeitslosigkeit oder „guter Bildung“, und strittigen Positionen wie der Frage nach der Energieversorgung oder der Rolle der Bundeswehr, unterschieden werden. Unterschieden wird nach den Übereinstimmungen in der Zielsetzung und der Frage des Weges dorthin, und einzelnen Sachfragen mit unterschiedlichen Zielsetzungen (Gabriel/Keil 2021: 59f).

Die dritte Variable ist die Orientierung am Kandidaten. Diese schließt politische Eigenschaften, wie beispielsweise Führungsstärke, Entscheidungsfreude, Empathie, Erfahrung sowie unpolitische Merkmale, wie sympathische Ausstrahlung, intaktes Familienleben oder Religiosität, ein (vgl. Schoen 2005: 235f.).

Von diesen drei genannten Variablen wird der Parteiidentifikation grundsätzlich die größte Bedeutung zugemessen, da sie langfristiger ausgerichtet ist und wahlbestimmende Themen sowie Kandidaten eine kurzfristigere Variable darstellen. Dennoch wird dem Faktor der Kandidatenorientierung eine wachsende Bedeutung zugesprochen, da der Wähler aus rationalen Erwägungen heraus die Qualität des zur Wahl stehenden Personals mit in seiner Entscheidung berücksichtigt (Ohr 2013: 207f).

An das Erklärungsmodell wird dahingehend Kritik geübt, als dass es für das politische System der USA entwickelt wurde und bezweifelt wird, inwiefern sich die Untersuchungsansätze auch auf Europa übertragen lassen und Parteiloyalität langfristig überhaupt bestehen kann. Darüber hinaus wird in den USA der Präsident direkt gewählt und hat demnach eine größere Wirkung auf die Frage der Gewichtung der Kandidatenorientierung (vgl. Schoen/Weins 2005: 206-209). In der Bundesrepublik wird der Bundeskanzler nicht direkt gewählt, jedoch wurde im Vorausgegangenen festgestellt, dass die Parteibindung abnimmt. Dies drückt sich auch in der sinkenden Mitgliedschaft aus (siehe Kapitel 4). Im Folgenden wird daher Angela Merkels Wahrnehmung zur Bundestagswahl 2013 analysiert.

## 5.2 Die Bedeutung Angela Merkels bei der Bundestagswahl 2013

Einer der wohl wichtigsten Faktoren bei der Kandidatenorientierung ist die öffentliche Präsenz des zur Wahl stehenden Personals. Merkel war bereits 8 Jahre Bundeskanzlerin, was ihr grundsätzlich eine breite mediale Aufmerksamkeit beschert. Hinzu kommen die zahlreichen Wahlkämpfe auf Landes- und Bundesebene seit ihrem Amtsantritt 2005. Ihr Herausforderer von der SPD, Peer Steinbrück, war zwar Finanzminister des letzten Kabinetts Merkels und durch die Finanzkrise 2008 ebenfalls bekannt, jedoch kann durch die herausgehobene Stellung der Kanzlerin angenommen werden, dass sie ihren Gegenkandidaten in puncto Bekanntheit übertraf. Auch kann von einer teilweise unglücklichen „Wahlkampfperformance“ von Peer Steinbrück gesprochen werden (Fechner 2014: 36). Dies drückt sich auch im direkten Vergleich der persönlichen Beliebtheit der beiden Spitzenkandidaten aus.



Abbildung 3: Kanzlerpräferenz: Merkel vs. Steinbrück.

Die Abbildung zeigt deutlich, dass vor allem während des Wahljahres 2013 die Kanzlerin deutlich positiver wahrgenommen wird als ihr Gegenkandidat. Auf die Frage nach der expliziten Wahl des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin baut Angela Merkel kontinuierlich einen Vorsprung auf. Demnach hätten sich 2013 vier Wochen vor der Wahl, über 50% der Deutschen für sie als Kanzlerin entschieden. Auffallend ist, dass sich Steinbrück während des gesamten Wahlkampfes eher kontinuierlich verschlechtert, während sich die Kanzlerin immer weiter verbessert hat. Eine genannte Voraussetzung für die Kandidatenorientierung ist persönliche Sympathie und Kompetenzzuschreibung. Aufgrund der starken Werte Merkels kann bei ihr davon ausgegangen werden, dass die Personen, die sich nicht mit einer Partei identifizieren können, sich ein Urteil über das zur Wahl stehende Personal bilden und somit eine Kandidatenorientierung aufweisen, welche nicht durch die Partei beeinflusst wird (Brettschneider 2002: 58). Somit kann bei einer beliebten Kandidatin Angela Merkel eine Wahlentscheidung zugunsten der Union angenommen werden.

Auch aus Sicht des Rational-Choice-Ansatzes spricht vor dem Hintergrund der generell abnehmenden Parteibindung die Wahl der Union für eine Personenwahl Merkels, da ihre positive Bewertung als Wertung der bisher geleisteten Arbeit angesehen wird.

## 5.5 Bundestagswahl 2017

Bei der Bundestagswahl 2017 kam es zu einem „politischen Erdbeben“ (Rotter 2017)[[3]](#footnote-3). Union und SPD verloren aus der Großen Koalition kommend fast 15% an Zustimmung, die FDP kehrte mit 11% in den Deutschen Bundestag zurück, die AfD zog erstmals mit 12,6% ins Parlament ein. Das Parteiensystem hatte sich offenbar verändert und mit ihm die politischen Kräfte. Die Union erreichte 32,9% der Stimmen, wobei die CSU mit 38,8% in Bayern deutlich stärker war als die „große Schwester“ im Bund. Jedoch war es insgesamt das zweitschlechteste Ergebnis der Unionsparteien bei Bundestagswahlen. Für die SPD war es ebenfalls mit 20,5% das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte (Rudzio 2019: 96).

Entgegen einer niedrigen Arbeitslosigkeit und solider Wirtschaftsdaten wurde verlor die amtierende Regierung fast 15% an Zustimmung. Zentrales Thema war die Flüchtlingspolitik. Durch den Bürgerkrieg in Syrien entstand ein hoher Migrationsdruck nach Zentraleuropa. Die Entscheidung Angela Merkels, die Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen, spaltete das darauf eher unvorbereitete Land. Die bereits totgeglaubte AfD erlebte eine Renaissance und zog zweistellig in den Bundestag ein. Ihr gelang es, sich als Alternative zum breiten Konsens der Flüchtlingsaufnahme zu positionieren (Bieber/Roßteuscher 2019: 15f.).

Offenbar fand bei der Bundestagswahl eine Veränderung der gesellschaftlichen Konfliktlinien statt. Kulturelle Fragen, und damit verknüpft die Frage der Leistungsfähigkeit und Leistungsgrenzen der Gesellschaft, überwogen die sozioökonomischen Fragen. So gaben bereits im Juli vor der Wahl 44% der Wähler an, dass die Einwanderungs- und Asylpolitik wichtigstes Thema sei (vgl. Infratest dimap 2017). Hierbei rückte auch das bereits angesprochene Potenzial der Wechselwählerschaft in den Fokus des Diskurses (Schoen 2017: 157). Es fällt auf, dass es eine breite Mobilität zwischen den Parteien gab. So verlor die Union sowohl rund eine Million Stimmen an die AfD, aber auch 1,3 Millionen an die FDP. Die SPD verlor jeweils 450.000 Stimmen an AfD, FDP und Linke sowie 380.000 Stimmen an die Grünen.

Der sozialpsychologische Ansatz erklärt die Wechselwahl anhand der Variabler „Themenorientierung“, welche die grundsätzlich starke Determinante der Parteiidentifikation überwiegt (vgl. Schoen 2007: 503-505). Ändert sich die politische Grundeinstellung gibt es einen Konflikt in der Parteienloyalität, welche zur Wechselwahl führen kann. Laut den Autoren ist aber das Gesamtphänomen der sich lockernden Parteibindungen in westlichen Demokratien kein Indikator für steigende Wechselwahl, da die Variablen der Issue- und Kandidatenorientierung stärker wirken (vgl. Schoen 2007: 505). Das Thema der Flüchtlingspolitik brachte offensichtlich Wähler der Volksparteien mit diesen in Konflikt und führte zu einer Wechselwahl zu verschiedenen Oppositionsparteien, wovon besonders die AfD profitierte. Die Wähler waren insgesamt eher für eine Beschränkung der Zuwanderung und nahmen keine großen Unterschiede zwischen den etablierten Parteien wahr. Lediglich die AfD wurde als klar beschränkend, die Grünen als eher erleichternd wahrgenommen (Kratz 2019: 239). Hieraus lässt sich auch erklären, warum die AfD im Gegensatz zu den Grünen deutlicher profitieren konnte und sich als erste Partei rechts von der Union auf Bundesebene etablierte. Das Deutsche Parteiensystem veränderte sich dahingehend, dass noch nie so viele Parteien im Deutschen Bundestag vertreten waren. Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien ist die Etablierung einer national-populistischen Bewegung nicht ungewöhnlich. In Großbritannien führte unter anderem UKIP zum Austritt aus der Europäischen Union. Emmanuel Macrons Sieg über Marine Le Pen bei der Stichwahl zur Präsidentschaft und das schlechte Ergebnis von Gerd Wilders in den Niederlanden schienen die Etablierung rechtspopulistischer Parteien zu bremsen, weshalb mit Spannung das Ergebnis der AfD bei der Bundestagswahl erwartet wurde (Bieber/Roßteuscher 2019: 16f.).

In diesem europäischen Kontext stellt sich die Frage nach der Entwicklung von Volksparteien in anderen westeuropäischen Ländern. Ist das schwache Abschneiden der Unionsparteien bei der Bundestagswahl 2017 nur eine Momentaufnahme aufgrund einer vorübergehenden Polarisierung rund um die Flüchtlingspolitik oder ein europaweiter Trend für christdemokratische Parteien? Diese Frage wird im folgenden Kapitel erörtert.

# 6. Die CDU im Vergleich zu Europas Konservativen

Zum Zwecke des Vergleichs wird die Mitgliederentwicklung und die Wahlergebnisse der konservativen Parteien in Frankreich und Spanien im gleichen Zeitraum wie die der Unionsparteien in Deutschland betrachtet. Ausschlaggebend für die Vergleichsfälle war die Mitgliedschaft in der gleichen europäischen Partei EVP, sowie eine ähnliche Größe der Länder[[4]](#footnote-4). In der folgenden Grafik sind die Wahlergebnisse bei landesweiten Wahlen der genannten Länder aufgeführt.

Abbildung : Wahlergebnisse Union, LR und PP bei nationalen Wahlen.

## 6.1. Frankreichs Republikaner

Bei einer vergleichenden Analyse mit Deutschland sind die Besonderheiten des politischen Systems Frankreichs zu beachten. Frankreich hat ein semipräsidentielles System, dem Präsidenten kommt eine starke Rolle zu, er wird direkt vom Volk gewählt. Parteien haben eine schwächere Rolle. Die französische Verfassung wurde seit 1992 mehrfach geändert, auch aufgrund der europäischen Integration (Wiesner 2018: 287).

Die französischen Konservativen beziehen sich auf den ehemaligen Präsidenten Charles de Gaulle und den Gaullismus. In Frankreich sind Parteimitgliedschaften tendenziell weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. Parteien sind traditionell personenbezogen strukturiert und Politiker können das politische Lager samt Partei weniger problematisch wechseln als in Deutschland. Die von Jacques Chirac 1976 gegründete RPR (Rassemblement pour la Republique) hatte 1986 nach eigenen Angaben 902.000 Mitglieder. Diese Zahl ist für französische Verhältnisse herausragend und wird unter anderem Jacques Chirac persönlich zugeschrieben. Dies zeigt die Personenbezogenheit des französischen Parteiensystems (Schmidt 2000: 211f.).

Die Parteienfamilie wechselte mehrfach Namen und organisierten sich neu. Aktuell nennen sie sich Les Républicains (im Folgenden die Republikaner genannt), welche aus der UMP (Union pour une majorité présidentiell) hervorgingen und sind wie CDU/CSU auf Europaebene in der EVP organisiert (Wiesner 2018: 289).

2002 siegte Jacques Chirac bei den Präsidentschaftswahlen. Er versuchte daraufhin, die verschiedenen Parteien des bürgerlich-konservativen Lagers in einer neuen Partei zu organisieren. Dabei nahm er sich die Unionsparteien in Deutschland oder Spaniens PP als Vorbild. Es gelang ihm eine Allianz unter dem Titel UMP zu bilden. Die Sammlungsbewegung erlangte 33,3% bei den Parlamentswahlen und wurde stärkste Kraft (Wagner 2002: 13f.).

Es gab darüber hinaus eine Verfassungsänderung, sodass die Legislaturen von Präsidentschaft und Parlament auf einen Zeitraum gelegt wurden. Ziel war es die Kohabitation, als das Phänomen, dass Mehrheitsführerschaft in Parlament und Präsidentschaft nicht demselben politischem Lager angehören, zu vermeiden (Vogel 2004: 39).

Beim Machtkampf um die Nachfolge Chiracs gelang es Niclas Sarkozy mit der Übernahme des Parteivorsitzes der UMP, sich die Präsidentschaftskandidatur 2007 zu sichern, welche er gewann. Aus den darauffolgenden Parlamentswahlen ging die UMP mit 39,54% als Wahlsieger hervor. Zu dieser Zeit hatte die UMP 370.00 Mitglieder. Eine deutliche Reduktion im Vergleich zu den 1980er Jahren, allerdings vergleichbar mit den konkurrierenden Sozialisten, welche im gleichen Zeitraum 440.000 Mitglieder hatten.

Sarkozys Präsidentschaft war politisch vorwiegend von der Bekämpfung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, sowie von diversen persönlichen Skandalen geprägt. Sarkozy wird auch als „Hyperpräsident“ bezeichnet, welcher durch seinen autoritären Regierungsstil die Legislative schwächte und damit auch die ihn tragende Partei. Daher wird die Wahlniederlage Sarkozys 2012 nicht als überraschend angesehen, ihm folgte allerdings auch eine Wahlniederlage der UMP bei den darauffolgenden Parlamentswahlen. Mit 27, 12% stürzte sie regelrecht ab, dem Verlust des Präsidentenamtes folgte der direkte Verlust der parlamentarischen Mehrheit (Knapp 2013: 37f.). Die umstrittene Person Sarkozy hatte auch für die Parteibasis Folgen. Anfänglich noch als Menschenmagnet gesehen, ging mit dem Verlust der Macht auch ein rapider Mitgliederverlust einher. 2013 hatte die UMP noch 125.000 Mitglieder, eine Reduktion um zwei Drittel innerhalb von fünf Jahren. Hier stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung der UMP. Insgesamt kann von einer Fragmentierung des französischen Parteiensystems gesprochen werden, welches lediglich durch das Mehrheitswahlrecht parlamentarische Mehrheiten produziert. Die Frage nach der Stabilität des Parteiensystems stellte sich bereits länger als zu diesem Zeitpunkt (Höhne 2005: 183).

François Holland von den Sozialisten folgte Sarkozy als Staatspräsident und die UMP geriet in die Opposition. Er versuchte eine Abkehr von der rein aus Austerität und Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik in der EU, welche von seinem Vorgänger Sarkozy und Angela Merkel als Reaktion auf die Eurokrise implementiert wurde, zu erwirken. Dabei interpretierte Holland seinen Wahlsieg als einen über Frankreich hinausreichenden Wunsch nach Wachstumsstrategien und einer Aufweichung der Austeritätspolitik (Schild 2013: 3f.).

Hollande scheiterte, bei den Präsidentschaftswahlen 2017[[5]](#footnote-5) zeigte sich die Fragmentierung des französischen Parteiensystems deutlich: Emmanuel Macron wurde zum Präsidenten gewählt. Der vorherige Wirtschaftsminister Hollandes hatte erst 2016 seine Bewegung „en Marche“ gegründet, aus der die Partei „La Republique en Marche“ (LREM) wurde. Er zeigte einen Bruch des französischen Parteiensystems in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur, dass er das politische Lager gewechselt hatte, sondern auch das starke Mitgliederwachstum seiner Bewegung (Amable/Palombarini 2018: 192f.).

Abbildung : Mitgliederentwicklung LR/ EN Marche.

Innerhalb eines Jahres hatte en Marche bereits 136.000 Mitglieder. Bei den darauffolgenden Parlamentswahlen siegte LREM deutlich, die mittlerweile in Republikaner umbenannte UMP verlor noch einmal über 10% an Stimmen und erreichten mit 15,7% das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Die Sozialisten wurden von Macron marginalisiert und verloren zwei Drittel der Stimmen im Vergleich zu 2012. Es zeigt sich, dass es Macron gelang einen bürgerlichen Block zu bilden und massiv Stimmen aus den alten Parteien zu generieren. Über die Hälfte seiner Wähler hatten bei der vorherigen Präsidentschaftswahl Hollande gewählt, weitere 17% Sarkozy (Amable/Palombarini 2018: 196).

Die Marginalisierung der Altparteien in Frankreich setzt sich fort. Während LREM im Jahr 2021 421.558 Mitglieder ausweist, kommen die Republikaner nur noch auf 65.583 Mitglieder. Es ist fraglich, inwieweit die Republikaner in Konkurrenz mit Macrons LREM noch in der Lage ist breite Wählerschichten zu erreichen. Der massive Mitgliederschwund spricht neben den damit einhergehenden Rekrutierungsproblemen von Personal- und Finanzmitteln für einen Verlust des gesellschaftlichen Seismographen, welcher auch durch die Mitglieder dargestellt wird.

## 6.2. Spanien

Das politische System Spaniens wurde lange Zeit als Zwei-Parteien-System bezeichnet. Vor dem Hintergrund der Diktatur Francos bildete sich die heutige parlamentarische Monarchie erst in den 1970er Jahren heraus. Es spiegelt hierbei nicht die klassische Entwicklung westeuropäischer Parteiensysteme wider, welche sich an den Cleavages Kapital und Arbeit sowie Staat und Kirche herausgebildet haben. Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie ist eher prägend für das spanische Parteiensystem. Dies drückt sich auch in Unabhängikeitsbestrebungen einzelner Regionen aus. Während der Konsolidierungsphase bildeten sich die UCD, die spätere PP und die wieder zugelassene PSOE als die Großparteien heraus (Bundestag 2008: 4).

Aufgrund der späten Gründung bzw. der Franco-Diktatur ist die Mitgliederstruktur spanischer Parteien erst in den 1970er Jahren entstanden. Aufgrund der historischen Sonderentwicklung im europäischen Vergleich sind Spaniens Großparteien stark führungszentriert organisierst. Innerparteiliche Opposition ist in der Regel marginal. Parteimitglieder haben demnach in Spanien vorwiegend eine Rekrutierungs- und Wahlhelferfunktion. Obwohl die Bevölkerung vergleichsweise weniger partizipationsfreudig ist als in anderen Ländern, konnten die Parteien einen starken Mitgliederzuwachs seit den 1980er Jahren verzeichnen. Im Jahr 1980 hatte die spanische Volkspartei (PP) bereits vier Jahre nach der Neugründung 56.400 Mitglieder (Bundestag 2008: 12f.).

Nach immer größer werdender Kritik an der PSOE, unter anderem auch aufgrund von Korruptionsaffären, kam es im Jahr 1996 zu Neuwahlen, die José María Aznars PP knapp gewann. Ihr war eine Wechselstimmung vorausgegangen, da die Korruptionsskandale der PSOE das Vertrauen in die Politik erschüttert hatten. Auch war der Glaube an die Demokratie Spaniens zurückgekehrt, da ein weiterer Sieg der PSOE für Zweifel gesorgt hätte, ob es überhaupt Regierungschancen für andere Parteien gäbe. Ein Blick auf die Parteienlandschaft zeigt jedoch, dass hinter den beiden Großparteien jegliche anderen Alternativen deutlich abgeschlagen waren (Bernecker 1997: 298ff.).

Die PP schaffte es sich zu etablieren, die gesellschaftliche Verankerung zu verbreitern, und baute bei den Parlamentswahlen 2000 den Vorsprung auf die Sozialisten aus, sodass man eine Mehrheitsregierung bilden konnte (Ismayr 2009: 726). Im Jahr 2000 hatte die PP bereits 601.800 Mitglieder, die PSOE 410.000. Dies ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Zuwendung hin zur PP, welche sich auch in den Wahlergebnissen ausdrückt und in den Mitgliedschaften fortsetzt (Bundestag 2008: 13).

Während dieser Legislaturperiode fiel die regierende Partei der Konservativen dadurch auf, dass sie sich strikt weigerte, in den aufgekommenen Debatten bezüglich Spaniens Vergangenheit den Bürgerkrieg, Francos Putsch sowie seine Diktatur zu verurteilen. Stattdessen ging man nur immer wieder auf die Transition ein und reduzierte sich darauf, den ETA-Terror hervorzuheben. Darüber hinaus wurde der in Spanien unpopuläre Irakkrieg unterstützt (Elsemann 2010: 285ff.).

Bei den folgenden Parlamentswahlen gewann die PSOE überraschenderweise. Sie fanden unter dem Eindruck der Terroranschläge von Madrid statt, welche nur drei Tage vor den Wahlen stattfanden und Spanien in einer emotionalen angespannten Atmosphäre wählen ließ. Mit 37,6 Prozent der Stimmen unterlag die PP der PSOE. Die Frage, ob die PP dafür verantwortlich gemacht wurde, dass Spanien Ziel des Terrors wurde, und deshalb die Wahl verlor, ist nicht abschließend beantwortet. Es folgte eine gesellschaftlicher Modernisierungskurs seitens der PSOE. An der Spitze der PP vollzog sich ein Führungswechsel zu Mariano Rajoy (Nohlen 2020: 385f).

Wie alle Länder Europas und darüber hinaus war Spanien stark von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Dabei wurde Spanien aufgrund einer geplatzten Immobilienblase, ähnlich der USA, besonders stark getroffen. Bei den Parlamentswahlen 2008 änderte sich wenig, die politischen Kräfteverhältnisse lagen bis auf geringe Abweichungen bei den von 2004. Zu Beginn der Finanzkrise regierte die PSOE, erst bei den Parlamentswahlen 2011 erfolgte ein Regierungswechsel hin zur PP. Diese gewann die Wahlen mit 44,63%, die PSOE musste starke Verluste hinnehmen und geriet in die Opposition. Der Wahl waren starke Proteste aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage vorausgegangen. Die Regierung unter Mariano Rajoy führte eine von der EU im Gegenzug zu Finanzhilfen geforderte Konsolidierungs- und Sparpolitik durch, welche der Stabilisierung des Finanzwesens dienten, aber zu sozialen Verwerfungen in der spanischen Bevölkerung führten (Reifenberger 2015: 85f.). Der Mitgliederentwicklung der PP tat die harte Sparpolitik keinen Abbruch. Im Jahr 2013 hatte die Partei 865.000 Mitglieder, fast doppelt so viele wie die CDU zur selben Zeit. Dies drückt die breite gesellschaftliche Verwurzelung der Partei aus.

Seit 2009 steht die PP immer wieder im Zentrum von Korruptionsskandalen. Diese deckten illegale Parteienfinanzierung über Jahre auf, auch Mariano Rajoy geriet persönlich unter Druck. Bei den Parlamentswahlen 2015 fiel die PP auf 28,7% zurück. Sie folgte damit im Anteil der Wählerstimmen der PSOE und das Zweit-Parteien-System scheint gebrochen. Wahlen mit absoluter Mehrheit zu gewinnen rückt damit in die Ferne, was Koalitionsfähigkeit erforderlich macht. Bei den Wahlen 2016 gelang es mit 32,9% die Wahl zu gewinnen, jedoch konnte nur eine Minderheitsregierung unter Rajoy gebildet werden, unter Duldung der anderen Parteien. An der eskalierenden Katalonienkrise zerbrach die instabile Regierung, Rajoy wurde im Juni 2018 per Misstrauensvotum abgewählt und zog sich aus der aktiven Politik zurück. Die PP versuchte durch eine schnelle Nachfolge und eine rechtere Ausrichtung an der Macht zu halten und aufkommende Konkurrenzsparteien zu übertrumpfen. Bei den Parlamentswahlen 2019 halbierte sich die PP, mit 16,7%. Die PSOE übernahm die Regierung (Nohlen 2020: 398f.).

Die PP befindet sich derzeit nicht in der spanischen Wählergunst. Die Katalonienkrise und Korruptionsskandale haben das Vertrauen erschüttert und die starke Position im Parteiensystem geschwächt. Die vergangen Wahlen haben das Potenzial der Wechselwähler in Spanien gezeigt, das Zwei-Parteien-System ist aufgebrochen. Die starke Mitgliederbasis der PP spricht für strukturell gute Bedingungen wieder politisch erfolgreicher zu werden, allerdings sind starke Anstrengungen möglich, da die Konkurrenz deutlich größer ist das spanische Parteiensystem sich pluralisiert.

# 7. Fazit

Die Diskussion über den Status Volkspartei ist bereits über dreißig Jahre alt, zu ihrem Beginn war die Parteienlandschaft deutlich homogener als heute. Union und SPD hatten eine klare Führungsrolle, ergänzt von der FDP, die Grünen gründeten sich gerade. Heute sind sieben Parteien im Bundestag vertreten, Union und SPD können gerade noch etwas über die Hälfte der Mandate aufweisen. Seit der Jahrtausendwende erfolgte ein beispielloser Mitgliederschwund. Für die CDU war es eine Zeit der Veränderung seit der verlorenen Bundestagswahl 1998, welche mit dem Ende der Ära Kohl einher ging. Unter Angela Merkel richtete sich die Partei verstärkt zentriert aus, ihr gelang es zunächst beim Wähleranteil stabil zu bleiben, auch wenn dies nicht zu einem ähnlichen Effekt in der Mitgliederbasis führte. Die schwindende Bindekraft der Volksparteien hat gravierende Auswirkungen auf das Parteiensystem. Parteien haben nach deutschem Parteiengesetz eine zentrale Aufgabe, nämlich der Willensbildung und der Repräsentation. Volksparteien haben eine integrative Funktion, indem sie unterschiedliche Milieus und Strömungen bündeln und so politische Mehrheiten bilden könne. Die gesellschaftliche Verbindung zwischen Volk und Staat erodiert somit mit der Erosion der Parteien. Der starke Mitgliederschwund der CDU zeigt die schmelzende Verankerung in der Gesellschaft. Obwohl neue Parteien entstanden sind, ist der Gesamttrend für Parteimitgliedschaften rückläufig.

Die Funktion, Interessen zu bündeln und politische Mehrheiten zu generieren ist angegriffen, es wird verstärkt zu schwierigen Regierungsbildung kommt. Dies war auf Bundesebene bereits 2017 zu sehen. Schwache Volksparteien haben für die Regierungsbildung die Folge, dass mehr Partner sich auf eine Koalition einigen müssen. Die Frage nach der Stabilität des deutschen Parteiensystems und der Regierungspolitik wird zu recht gestellt. Bei der Analyse der Wahlergebnisse der CDU ergibt sich, dass Konfliktlinien in der Gesellschaft in Bewegung sind. In der Legislaturperiode der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 standen sozioökonomische Konflikte im Mittelpunkt. Die Union konnte ihr Wahlergebnis halten und die Macht sichern. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die CDU von einer starken Kandidatin Merkel profitieren, ein Vorteil, welcher nach ihrem Ausscheiden 2021 wegfällt. Während der dritten Großen Koalition zwischen 2013 und 2017 stand ab Herbst 2015 mit der Flüchtlingskrise ein soziokultureller Konflikt im Mittelpunkt. Hiervon konnte bei der Bundestagswahl vor allem die AfD profitieren und die Union musste größere Verluste als die SPD verkraften. Bei den Bundestagswahlen 2021 wird sich zeigen, ob das Ergebnis von 2017 ein außergewöhnliches Ergebnis aufgrund einer emotionalisierten Wahl darstellt, oder sich ein dauerhafter Trend gegen etablierte Parteien durchsetzt.

Ein Blick auf die europäischen Nachbarn zeigt einen negativen Trend für Christdemokratische Parteien. In Frankreich wurde mit den Wahlen 2017 das Parteiensystem gesprengt. Schwindende Mitglieder und immer schlechtere Wahlergebnisse zeigen, dass die französischen Konservativen ihre gesellschaftliche Verankerung verloren haben und zumindest bisher diesen Trend nicht umkehren konnten. In Spanien hat die PP eine tiefere gesellschaftliche Verankerung, was sich durch die hohen Mitgliederzahlen ausdrückt. Aber auch hier ist zunehmender Trend hin zu immer schlechteren Wahlergebnissen zu verzeichnen. Im Vergleich dazu sind die Schwankungen der Union bei Bundestagswahlen zwischen 2002 und 2017 deutlich geringer als bei den europäischen Nachbarn. Dies spricht für eine vergleichsweise stärkere gesellschaftliche Verankerung der Union, allerdings ist der Sonderstatus Volkspartei geschwächt. Die Union muss neue Anreize der Parteimitgliedschaft entwickeln, um weiterhin „am Puls“ der Gesellschaft zu sein. Die Orts- und Kreisverbände der CDU bieten strukturell einen guten Ausgangspunkt für die Mitgliedergewinnung. Eine moderne Kommunikation wurde beim Bundesparteitag 2021 bereits präsentiert. Dies muss aufgebaut werden, um den Mitgliederschwund abzubremsen.

Die gegenwärtig hohen Umfragewerte von 37% (Allensbach 2021) können zunächst als Ausdruck einer exekutivfreudigen Wählereinstellung interpretiert werden. Ob diese sich in Wahlergebnisse umsetzten wird sich im Wahljahr 2021 bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zeigen. Ohne Angela Merkel wird die Bundestagswahl Aufschluss über die gesellschaftliche Verankerung der CDU geben, ein ähnlich starkes Abrutschen wie in Frankreich und Spanien ist nicht zu erwarten. Allerdings zeigt sich, dass die Bereitschaft der Wechselwahl, mit der sich lösenden Parteibindung eine starke Fliehkraft entfalten kann. Ein deutlicher Wahlsieg der Union, wie ihn aktuelle Umfragen prognostizieren, war noch nie so unsicher.

**Abbildungsverzeichnis:**

Abb. 1: Eigene Darstellung. Mitgliederentwicklung der CDU/CSU. Quelle: Niedermayer, Oskar (2020): Parteimitglieder in Deutschland. Version 2020. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT20_Nr_31.pdf>, abgerufen am 20. Februar 2021.

Abb. 2: Eigene Darstellung. Ergebnisse Bundestagswahlen 2002-2017 von Union und SPD. Quelle: Bundeswahlleiter (2021), Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002-2017, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html>, abgerufen am 28. Februar 2021, die jeweiligen Ergebnisse.

Abb. 3: Kanzlerpräferenz: Merkel vs. Steinbrück. Quelle: infratest dimap (2013), ARD Deutschlandtrend, <https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/dt1308_extra.pdf>, abgerufen am 01. März 2021.

Abb. 4: Eigene Darstellung. Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen Union, LR, PP. Quellen: Union siehe Abb. 2.

LR: französisches Innenministerium (2021), <https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Legislatives/elecresult__legislatives-2017/(path)/legislatives-2017//FE.htmlhttps://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Legislatives/elecresult__legislatives-2017/(path)/legislatives-2017//FE.html>, abgerufen am 01. März 2021, die jeweiligen Ergebnisse.

PP: Zentraler Wahlvorstand (2021), <http://www.juntaelectoralcentral.es/cs/jec/elecciones/generales>, abgerufen am 01. März 2021, die jeweiligen Ergebnisse.

Abb. 5: Eigene Darstellung. Mitgliederentwicklung LR und LREM. Quellen:

LR 1987: Schmidt, Jochen (2000): Rassemblement pour la République (RPR), in: Ruß, Sabine; Schild, Joachim; Schmidt, Jochen und Stephan; Ina (Hrsg.): *Parteien in Frankreich: Kontinuität und Wandel in der V. Republik,* Springer VS, Wiesbaden, S. 211.

LR 2007/2013: Quinault-Maupoil, Tristan (2014): Le nombre d‘adhérents á L’UMP historiquement bas, in: *Le Figaro*. <https://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/coulisses/2014/07/09/25006-20140709ARTFIG00340-le-nombre-d-adherents-a-l-ump-historiquement-bas-malgre-l-afflux-lie-au-sarkothon.php>, abgerufen am 03. März 2021.

LR 2021: Lepelletier, Pierre (2021): En quatre ans, Les Républicains ont perdu les trois quarts de leurs adhérents, in: *Le Figaro.* <https://www.lefigaro.fr/politique/en-quatre-ans-les-republicains-ont-perdu-trois-quart-de-leurs-adherents-20200129>, abgerufen am 03. März 2021.

# 

# LREM 2017: Meier, Albrecht (2017): Macron: „Ich verteidige das europäische Projekt, in: *Der Tagesspiegel.* <https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesischer-praesidentschaftskandidat-in-berlin-macron-ich-verteidige-das-europaeische-projekt/19236390.html>, abgerufen am 03. März 2021.

# LREM 2021: En marché (2021): adhesion. <https://en-marche.fr/adhesion>, abgerufen am 03. März 2021.

# Literaturverzeichnis

Amable, Bruno/ Palombarini, Stefano (2018): Von Mitterand zu Macron: Über den Kollaps des französischen Parteiensystems, Suhrkamp Verlag, Berlin.

Bernecker, Walther (1997): Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, Band 284 von Beck‘sche Reihe, 3. Auflage, Verlag C.H. Beck, München.

Bösch, Frank (2001): Die Adenauer CDU, Stuttgart.

Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust: Die Geschichte der CDU, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.

CDU Deutschlands (2021): Es ist das Morgen, das uns antreibt. (YouTube), https://www.youtube.com/watch?v=Si1ld9j-iSA, abgerufen am 30. Januar 2021.

Decker, Frank/ Neu, Viola (Hrsg.) (2018): Handbuch der Deutschen Parteien, 3. Auflage, Springer VS, Wiesbaden.

Detterbeck, Klaus (2005): Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien, in: Schmid, Josef / Zolleis, Uwe (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 63-76.

Deutscher Bundestag (2021): „Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestags. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2019 (1. Teil – Bundestagsparteien, Band I)“, Drucksache 19/25700. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/257/1925700.pdf>, abgerufen am 27. Februar 2021.

Elsemann, Nina (2010): Umkämpfte Erinnerungen: Die Bedeutung lateinamerikanischer Erfahrungen für die spanische Geschichtspolitik nach Franco. Band 8 von Reihe Globalgeschichte. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Falter, Jürgen/ Schoen, Harald (Hrsg.) (2014): Handbuch Wahlforschung,   
2. Auflage, Springer VS, Wiesbaden.

Fechner, Alexander (2015): Amerikanisierung der politischen Kommunikation unter besonderer Berücksichtigung von Peer Steinbrück im Bundestagswahlkamp 2013, Bachelorarbeit im Fach Medienwissenschaft an der Hochschule Mittweida.

Florack, Martin, Timo Grunden und Karl-Rudolf Korte (2005): Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien, in: Schmid, Josef/ Zolleis, Uwe (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 96-113.

Gabriel, Oscar W./ Keil, Silke I (2012): Theorien des Wählerverhaltens, in: Gabriel, Oscar W./ Westle, Bettina (Hrsg.): *Wählerverhalten in der Demokratie: Eine Einführung*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 43-85.

Holtmann, Everhard (2017): Der Parteienstaat in Deutschland: Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder, 2. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Höhne, Roland (2005): Das Parteiensystem Frankreichs, in: Niedermayer, Oskar; Richard Stöss und Melanie Hass (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Springer VS, Wiesbaden, S. 161- 183.

Institut für Demoskopie Allensbach (2021): Zweitstimmen Wahlabsicht. <https://www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/sonntagsfrage/gesamt.html>, abgerufen am 25. Februar 2021.

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2009): Die politischen Systeme Westeuropas,  
4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Jun, Uwe (2017): Repräsentation durch Parteien: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems und Parteienwettbewerbs nach 1945, in: Koschmieder, Carsten (Hrsg.): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen,* Springer VS, Wiesbaden, S. 87-111.

Jung, Matthias; Schroth, Yvonne und Wolf, Andrea (2009): Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte - Bundestagswahl 2009*, APuZ 51/2009, S. 12-19.

Knapp, Andrew (2013): A paradoxical presidency: Nicolas Sarkozy, 2007-2012, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 66, Issue 1/2013, S. 33-51.

Krouwel, André (2003): Otto Kirchheimer and the catch-all party, in: *West European politics,* Vol. 26, Issue 2/2003, S. 23-40.

Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein (1967): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, Free Press, New York.

Merz, Friedrich (\_FriedrichMerz). (2020, 14. Dezember) „Wir sind nicht nur die einzige verbleibende Volkspartei in Deutschland, sondern auch in Europa (…). Twitter.

Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung, Springer VS, Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar (2009): Ein Modell zur Erklärung der Entwicklung und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften, in: Jun, Uwe; Niedermayer, Oskar und Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 91-110.

Nohlen, Dieter/ Mario Kölling (2020): Spanien. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik. 3. Auflage, Springer VS, Wiesbaden.

Ohr, Dieter; Klein, Markus und Rosar, Ulrich (2013): Bewertung der Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, in: Weßels, Bernhard; Schoen, Harald und Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009,* Springer VS, Wiesbaden, S. 206-230.

Reifenberger, Jürgen (2015): Neoliberalismus, Krise und die Zukunft des demokratischen Sozialstaats: Diskurse – Strategien – Argumente – Fakten, Tectum Verlag, Marburg.

Probst, Lothar (2018): Geschichte der Parteienlandschaft der Bundesrepublik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte - Parteien*, APuZ 46-47/2018, S. 14-20.

Roßteutscher, Sigrid/ Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 57, No. 3/2016, S. 455-483.

Roth, Dieter (2008): Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorie, Instrumente und Methoden, 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden.

Schlamp, Hans-Jürgen (2016): Das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, in: *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-den-parteien-laufen-die-mitglieder-weg-a-1078084.html>, abgerufen am 26. Februar 2021.

Schmidt, Jochen (2000): Rassemblement pour la République (RPR), in: Ruß, Sabine; Schild, Joachim; Schmidt, Jochen und Stephan; Ina (Hrsg.): *Parteien in Frankreich: Kontinuität und Wandel in der V. Republik,* Springer VS, Wiesbaden, S. 197-219.

Schoen, Harald/ Weins, Cornelia (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen/ Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Springer VS, Wiesbaden, S. 187-242.

Tagesschau (2020): Junge Union stimmt für Merz. <https://www.tagesschau.de/inland/ju-mitgliederbefragung-101.html>, abgerufen am 25. Februar 2021.

Unbekannter Autor. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2008): Parteien in Spanien. Ausarbeitung WD1 – 3000 – 131/08. <https://www.bundestag.de/resource/blob/413330/11d56c50972cf5a39238762a7cee11e5/WD-1-131-08-pdf-data.pdf>, abgerufen am 02. März 2021.

Wagner, Norbert (2002): Cinq ans pour changer la France, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung -Auslandsinformationen*, Nr. 8/2002, S. 4-18.

Walter, Franz; Werwath, Christian und D’Antonio, Oliver (2014): Die CDU: Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, 2. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden.

Wiesendahl, Elmar; Höhe, Benjamin und Cordes, Malte (2018): Mitgliederparteien - Niedergang ohne Ende?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2/2018, S. 304 -324.

Vogel, Wolfram (2004): Charakteristika des politischen Systems, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Informationen zur politischen Bildung - Frankreich*, Heft 285, 4. Quartal/2004, Bonn.

Von Beyme, Klaus (2015): Zum Stand der Parteienforschung, in: Krüper, Julian; Merten, Heike und Poguntke, Thomas (Hrsg.): [Parteienwissenschaften](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845257839/parteienwissenschaften?hitid=2&search-click): Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Band. 50, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 9-40.

# Eidesstaatliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich

• die Arbeit selbständig verfasst habe,

• nur die im Literaturverzeichnis genannten Hilfsmittel benutzt habe und

• alle aus Quellen und Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht sowie ihre Fundstellen nachgewiesen habe.

Die eingereichte elektronische Fassung ist mit den gedruckten Exemplaren identisch.

Weiterhin versichere ich, dass diese Arbeit noch nicht als Abschlussarbeit an anderer Stelle vorgelegen hat.

09. März 2021

1. https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42240/staatliche-parteienfinanzierung [↑](#footnote-ref-1)
2. Die Rolle der CSU in der Union wird in dieser Arbeit nur bedingt beachtet, da es vorrangig um die Union auf Bundesebene geht und sie aufgrund der politischen Verhältnisse in Bayern eine Sonderrolle einnimmt. [↑](#footnote-ref-2)
3. https://www.hss.de/news/detail/wahlsieg-mit-ansage-aber-mit-unklaren-folgen-news1112/ [↑](#footnote-ref-3)
4. Italien wurde an dieser Stelle nicht als Vergleichsfall gewählt, aufgrund der starken Fragmentierung der konservativen Parteienfamilie im Land und der schwierigen Datenlage. [↑](#footnote-ref-4)
5. Die Polarisierung rund um den Front National wird in dieser Arbeit bewusst ausgelassen, um den Fokus auf die Entwicklung der Republikaner zu legen und den gesetzten Rahmen einzuhalten. [↑](#footnote-ref-5)